

Niederschrift
über 10. die Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 03.02.2023 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Baer, Gudrun
Braumüller, Heinz-Peter
De Bellis-Olinger, Teresa Elisa
Heister, Joachim
Loepp, Helga
Nabbefeld, Michael
Renzel, Peter
Stieber, Andreas-Paul

SPD

Engler, Gerd
Heinisch, Iris
Karl, Christiane
Krossa, Manfred
Kucharczyk, Jürgen
Schulz, Margret

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Hoffmann-Badache, Martina
Kresse, Martin
Manske, Marion
Schäfer, Ilona
Tietz-Latza, Alexander

Vorsitzende

FDP

vom Berg, Joachim
Breuer, Klaus

AfD

Dr. Schnaack, Frank

Die Linke.

Onori, Birgit

Die FRAKTION

Lukat, Nicole

Gruppe FREIE WÄHLER

Alsdorf, Georg

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski	LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"
Krüger	LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"
Lüder	LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"
Dr. Möller-Bierth	LVR-Fachbereichsleiterin "Personelle und organisatorische Steuerung"
Stephan-Gellrich	LVR-Fachbereichsleiterin "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"
Berg, von	LVR-Fachbereichsleiterin "Sozialhilfe/Fachliche Ressourcen"
Hoeps	Fachbereich Digitalisierung, Mobilität, technische Innovation (bis TOP 8)
Kaiser	LVR-Fachbereich "Finanzmanagement" (bis TOP 3)
Knöbelspieß	LVR-Fachbereich "Kommunikation"
Groeters	LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung (Protokoll)"

Tagesordnung

A: Gesundheitsausschuss

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 9. Sitzung vom 18.11.2022
3. Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023;
hier: Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses **15/1401 B**
4. Studien- und Informationsreise des
Gesundheitsausschusses vom 17.- 20.10.2022
nach München und Klingenmünster; Bericht **15/1460 K**
5. Positionspapier des „Bündnis Sprachmittlung“ - Initiative
zur Verankerung von Sprachmittlung im SGB V **15/1452 K**
6. Organisation der Kommunikationsfunktion im LVR **15/1410 K**
7. Fortführung und Weiterentwicklung der „Peer-Beratung
bei der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle
(KoKoBe)“ ab dem Jahr 2023 **15/1394 K**
8. Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der
digitalen Transformation **15/1390/1 K**
9. Belegungssituation im Maßregelvollzug
10. Anträge und Anfragen
11. Beschlusskontrolle
12. Bericht aus der Verwaltung
13. Verschiedenes

B: Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung

Öffentliche Sitzung

14. Verschiedenes

C: Gesundheitsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

15. Niederschrift über die 9. Sitzung vom 18.11.2022
16. Bestellung zum Stellvertretenden Ärztlichen Direktor im
Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf - Kliniken
der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf **15/1437 B**
17. LVR-Klinik Bonn - Kinderneurologische Zentrum - Neubau
des Sozialpädiatrischen Zentrums (SPZ) am Kaiser-Karl-
Ring 20 in Bonn;
hier: Grundsatzbeschluss **15/1435 K**

18. Bericht über die Budgetverhandlungen für den KHG-
Bereich des LVR-Klinikverbunds **15/1444 K**
19. Aktueller Bericht aus dem Maßregelvollzug
20. Anträge und Anfragen
21. Beschlusskontrolle
22. Bericht aus der Verwaltung
23. Verschiedenes

D: Ausschuss für das LVR-Institut für Forschung und Bildung

Nichtöffentliche Sitzung

24. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	10:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:35 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:45 Uhr
Ende der Sitzung:	10:45 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Die Vorsitzende informiert, dass Herr Karl Schavier am 25.11.2022 verstorben sei. Er sei langjähriges Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland gewesen und habe über Jahre an der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung im Rheinland im Gesundheitsausschuss mitgearbeitet.

Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und die Verwaltung erheben sich für eine Schweigeminute von ihren Plätzen.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 03.02.2023 wird zugestimmt.

Punkt 2

Niederschrift über die 9. Sitzung vom 18.11.2022

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3
Entwurf zum Nachtragshaushalt 2023;
hier: Zuständigkeit des Gesundheitsausschusses
Vorlage Nr. 15/1401

Herr Nabbefeld beantragt, in dieser Sitzung des Gesundheitsausschusses den Nachtragshaushalt 2023 nur einzubringen und in der nächsten Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Die Beratung und Beschlussfassung über die Vorlage Nr. 15/1401 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Punkt 4
Studien- und Informationsreise des Gesundheitsausschusses vom 17.-
20.10.2022
nach München und Klingenmünster; Bericht
Vorlage Nr. 15/1460

Die Vorsitzende bedankt sich nochmals bei der Verwaltung für die gute Organisation der Studien- und Informationsreise nach München und Klingenmünster und den Bericht.

Herr Nabbefeld schließt sich dem an, bittet aber, bei einer weiteren Reise, etwas mehr Zeit für Pausen einzuplanen.

Frau Heinisch bedankt sich für die gute Zusammenstellung des Berichtes. Die Studien- und Informationsreise gebe sehr gute Impulse für die zukünftige Arbeit des Gesundheitsausschusses. Besonders hervorzuheben im kbo-Isar-Amper-Klinikum seien die Arbeit der Präventionsambulanz zur Vermeidung der Forensifizierung von AP-Patient*innen und die Maßnahmen zur Personalgewinnung. Es sei sehr beeindruckend gewesen, wie überzeugt die Mitarbeitenden vor Ort ihre Aufgaben erledigten. Es werde versucht, unter schwierigsten finanziellen Bedingungen, eine auf den Menschen ausgerichtete Psychiatrie zu gestalten.

Herr Kresse ergänzt, die ausgesprochen gut organisierte Studien- und Informationsreise gebe sehr gute Impulse, die LVR-Kliniken zukunftsfähig zu machen. Neben den außerordentlich wichtigen inhaltlichen Themen sei auch das Engagement der Mitarbeitenden vor Ort überzeugend und ermutigend sowie die fachlichen Vorträge sehr informativ gewesen. Wichtig sei, dass die Verhandlungen zur Finanzierung der stationsäquivalenten Behandlung mit den Krankenkassen zu einem Ergebnis führten. Es sei bei der Reise sehr beeindruckend gewesen, dass eine Vision in der Praxis funktioniere.

Frau Wenzel-Jankowski antwortet, die wesentliche Arbeitsaufträge aus der Studien- und Informationsreise seien unter Punkt 3.3 der Vorlage Nr. 15/1460 aufgelistet. Schwerpunktmäßig solle vorrangig das Thema "Aufbau aufsuchender Behandlungsangebote" bearbeitet werden. Den Aufschlag werde es mit dem Strategietag des LVR-Klinikverbundes am 18.04.2023 geben, an dem Herr Prof. Dr. Brieger als Ansprechpartner teilnehmen werde. Im Anschluss daran könne dem Gesundheitsausschuss berichtet werden.

Die Vorsitzende führt aus, auch in Klingenmünster habe sich gezeigt, welche innovativen Angebote in der psychiatrischen Versorgung geschaffen werden können.

Die Vorsitzende kündigt die Erarbeitung einer Jahresplanung für den Ausschuss an, damit alle Themen sukzessive abgearbeitet werden könnten.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Der Bericht über die Studien- und Informationsreise des Gesundheitsausschusses vom 17.- 20.10.2022 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1460 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Positionspapier des „Bündnis Sprachmittlung“ - Initiative zur Verankerung von Sprachmittlung im SGB V Vorlage Nr. 15/1452

Frau Heinisch hebt hervor, es sei ein wichtiges Anliegen der psychiatrischen Versorgung, dass die Sprachmittler*innen durch die Krankenkassen finanziert würden. Gerade bei Behandlungen im psychiatrischen Bereich sei die Sprache ein wichtiges Element für die Genesung. Das gelte auch für Menschen, die an Demenz erkrankt seien. Hier müssten auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die dementen Menschen sprachlich erreicht würden. Von daher werde das Positionspapier voll unterstützt.

Herr vom Berg ergänzt, es handele sich um ein wichtiges Anliegen, das unterstützt werden müsse.

Auf Frage von Herrn vom Berg antwortet Frau Wenzel-Jankowski, die Aufnahme von Sprachmittlung in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen bzw. ins SGB V werde auch vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe unterstützt. Sie werde sich bei Gelegenheit mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe austauschen, warum er nicht explizit in der Initiative aufgeführt sei und dem Gesundheitsausschuss berichten.

Die Diskussion fasst die Vorsitzende dahingehend zusammen, dass das Positionspapier des "Bündnis Sprachmittlung" durch den Gesundheitsausschuss unterstützend zur Kenntnis genommen werde.

Das Positionspapier des „Bündnis Sprachmittlung“, als Initiative zur Verankerung von Sprachmittlung im SGB V, wird entsprechend der Vorlage Nr. 15/1452 unterstützend zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Organisation der Kommunikationsfunktion im LVR Vorlage Nr. 15/1410

Die Vorsitzende berichtet, der Landschaftsausschuss habe die Vorlage in seiner Sitzung am 07.12.2022 zur Kenntnis genommen.

Die künftige Organisation der Kommunikationsfunktion im LVR wird gemäß Vorlage Nr. 15/1410 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Fortführung und Weiterentwicklung der „Peer-Beratung bei der Koordinierungs-, Kontakt-, und Beratungsstelle (KoKoBe)“ ab dem Jahr 2023 Vorlage Nr. 15/1394

Frau von Berg informiert, der Sozialausschuss habe in seiner Sitzung am 17.01.2023 der Vorlage einstimmig zugestimmt. Gemäß Beschluss des Landschaftsausschusses vom

01.10.2021 werde die Peer-Beratung als Regelangebot bei der KoKoBe ab dem Jahr 2022 fortgeführt und weiter ausgebaut. Der weitere Ausbau der Peer-Beratung bei der KoKoBe solle ab dem Jahr 2023 erfolgen und in einem dreijährigen Prozess auf alle Gebietskörperschaften ausgerollt werden. Es sei festzustellen, dass Peer-Beratende einen anderen Zugang zu Menschen mit Behinderungen hätten als professionelles Personal.

Im Hinblick auf die gute Arbeit der Peer-Beratenden begrüßt Frau Heinisch die Etablierung des Angebotes in allen Gebietskörperschaften.

Herr Nabbefeld berichtet aus den Beratungen des Sozialausschusses am 17.01.2023. Die Vorstellung der KoKoBe Köln mit Peer-Beratung sei sehr anschaulich gewesen, um zu verstehen, wie die tägliche Arbeit ablaufe. Er bittet, die Evaluationsergebnisse auch dem Gesundheitsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Kresse hebt hervor, die Peer-Beratenden hätten einen guten Zugang zu den Menschen mit Behinderungen. Es sei aber darauf hinzuweisen, dass die Genesungsbegleitungen in den LVR-Kliniken auch in die Therapie und Behandlung mit einbezogen würden. Im gleichen Sinne sollten die Peer-Beratenden bei Menschen mit Behinderungen an den Assistenzleistungen beteiligt werden. Er begrüßt es, dass dieses in einem Modell erprobt werden solle. Durch die Arbeit der Peer-Beratenden bzw. der Genesungsbegleitungen erfolge eine Kommunikation auf Augenhöhe. Auch in den Bereichen für soziale Rehabilitation sollten Peer-Beratende an den Assistenzleistungen beteiligt und dieses in das Modell mit einbezogen werden.

Herr Dr. Schnaack führt aus, bei den Peer-Beratungen handele es sich um ein gelungenes Projekt, das erweitert werden solle. Aus Erfahrungen müsse gelernt werden. Er fragt, wie sich die Anzahl der Peerberatungen seit 2020 entwickelt habe.

Frau von Berg weist auf die Anfrage Nr. 15/56 der AfD-Fraktion hin. Die Beantwortung der Anfrage Nr. 15/56 AfD werde auch dem Gesundheitsausschuss zur Verfügung gestellt (siehe **Anlage**).

Frau Lukat regt an, dass sich die Genesungsbegleitungen auch im Gesundheitsausschuss vorstellen.

Die weitere Diskussion, an der sich Frau Hoffmann-Badache und Frau Lukat beteiligen, fasst die Vorsitzende dahingehend zusammen, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Gesundheitsausschusses zum Thema Genesungsbegleitung berichten solle, wobei auch auf die Arbeit von Peer-Beratenden eingegangen werden solle, die auf Spezialstationen mit Menschen mit einer geistigen Behinderung arbeiteten.

Die Vorlage Nr. 15/1394 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation Vorlage Nr. 15/1390/1

Keine Anmerkungen.

Die "Digitale Agenda – Haltung und Handeln des LVR in der digitalen Transformation" wird gemäß Vorlage Nr. 15/1390/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 9
Belegungssituation im Maßregelvollzug

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird die Broschüre Therapie statt Strafe verteilt.

Herr Lüder erläutert, die Broschüre informiere über den Maßregelvollzug, wobei auch die unterschiedlichen Berufsfelder im Maßregelvollzug dargestellt seien. Die Broschüre sei auch an die Mitglieder der Beiräte Forensik bei den LVR-Kliniken verteilt worden. Sie könne bei dem Fachbereich Kommunikation angefordert werden, werde aber auch auf den Internetseiten des Landschaftsverbandes Rheinland veröffentlicht.

Frau Onori macht auf den deutlichen Anstieg der Belegungen nach § 126 a StPO aufmerksam. Um einer weiteren Steigerung der Zahlen entgegenzuwirken, betont sie die Notwendigkeit der Einrichtung von Präventionsambulanzen im Maßregelvollzug.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10
Anträge und Anfragen

Keine Anmerkungen.

Punkt 11
Beschlusskontrolle

Der öffentliche Teil der Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12
Bericht aus der Verwaltung

Keine Anmerkungen.

Punkt 13
Verschiedenes

Die Vorsitzende führt aus, es sei sehr zu begrüßen, dass die Sitzungen der Krankenhausausschüsse wieder in den LVR-Kliniken stattfinden würden. Um mehr Einblicke in die Praxis zu bekommen, schlägt sie vor, dass der Gesundheitsausschuss in Einrichtungen vor Ort tagen sollte, wenn dieses inhaltlich zu einem Schwerpunktthema passe.

Herr Nabbefeld äußert dazu Zustimmung, wenn sich dieses fachlich anbieten und durch die Verwaltung zu ermöglichen sei.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Punkt 14
Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Wuppertal, 03.03.2023

Die Vorsitzende

Schäfer

Köln, 15.02.2023

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

Wenzel-Jankowski

LVR · Dezernat 7 · 50663 Köln

Datum und Zeichen bitte stets angeben

Vorsitzende des Landschaftsausschusses
Vorsitzende des Sozialausschusses

03.02.2023
74.60

Mitglieder und stellvertretende Mitglieder
des Landschafts- und des Sozialausschusses

Beate Kubny

nachrichtlich

Geschäftsführungen der Fraktionen und
Gruppe in der Landschaftsversammlung
Rheinland

Mitglieder des Verwaltungsvorstandes

über LVR-Stabsstelle 00.200

**Beantwortung der Anfrage Nr. 15/56 der AfD-Fraktion zum Thema Zahl der
Peer-Beratungsgespräche in den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungs-
stellen (KoKoBe)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufbauend auf den Erkenntnissen des LVR-Modellprojekts „Peer-Counseling im
Rheinland“ (2014 bis 2018) wird seit 2019 Peer-Beratung bei der KoKoBe gefördert.

2019 wurden fünf KoKoBe-Trägerverbände in die Förderung aufgenommen. Es wur-
den die Gebietskörperschaften gewählt, in denen bereits während des Modellpro-
jekts Peer-Beratung aufgebaut wurde. Die hier etablierten Peer-Beratungsangebote
wurden in die KoKoBe überführt:

- StädteRegion Aachen,
- Stadt Bonn/Rhein-Sieg-Kreis,
- Stadt Köln,
- Kreis Viersen,
- Rheinisch-Bergischer-Kreis.

Ab dem Jahr 2020 wurden fünf weitere KoKoBe-Trägerverbände in die Förderung

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Die LVR-Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden erreichen Sie hier:
E-Mail: anregungen@lvr.de oder beschwerden@lvr.de, Telefon: 0221 809-2255



aufgenommen. Berücksichtigt wurden die drei KoKoBe-Trägerverbände der Pilotregionen des Projekts „Sozialraumorientierte Erprobung Integrierter Beratung (SEIB), Teilprojekt BTHG 106+“ sowie zwei weitere KoKoBe-Trägerverbände:

- Stadt Duisburg,
- Oberbergischer Kreis,
- Rhein-Erft-Kreis,
- Kreis Heinsberg,
- Stadt Mülheim a.d.R.

Im Laufe des Jahres 2022 wurden drei weitere KoKoBe-Trägerverbände in die Förderung aufgenommen aus den Gebietskörperschaften:

- Stadt Düsseldorf,
- Kreis Düren,
- Kreis Kleve.

Der Aufbau und die Etablierung der Peer-Beratungsstandorte waren ab 2020 beeinträchtigt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Veranstaltungen der 2020 begonnenen Schulungsreihe mussten mehrfach abgesagt werden und die Schulungsreihe konnte erst im Juni 2022 abgeschlossen werden.

Das Angebot der Peer-Beratung war auch deswegen stark dezimiert, da sowohl Peer-Beratende als auch Peer-Koordinator*innen Corona-Erkrankungen erlitten und z.T. über längere Phasen nicht zur Verfügung standen.

Peer-Beratungen in Präsenz waren während der mehrfachen Lockdowns bis in das Jahr 2022 hinein zeitweise gar nicht möglich. Digitale Beratungen wurden angestrebt, der Aufbau einer digitalen Infrastruktur mit den notwendigen Kompetenzen wurde begonnen und zeigt erste Ergebnisse.

Die Peer-Beratung bei der KoKoBe richtet sich an alle Menschen mit Behinderung, möchte jedoch vor allem auch die Menschen mit geistigen und Mehrfachbehinderungen berücksichtigen. Dies betrifft sowohl die Ratsuchenden als auch die Peer-Beratenden. Dieser Personenkreis muss i.d.R. stark ermutigt werden, Rat zu suchen oder sich zu zutrauen, sich zur Peer-Berater*in schulen zu lassen.

Die notwendige Öffentlichkeitsarbeit, die durch die Peer-Beratenden im Rahmen des Peer-Supports betrieben wird, war nur beschränkt möglich. Beim Peer-Support werden Austausch- und Informationsaktivitäten (z.B. in den WfbM, in Wohnangeboten, KoKoBe, Förderschulen, örtlichen Arbeitskreisen, Stammtische) durchgeführt. Dies alles konnte nur sehr eingeschränkt stattfinden.

Über den Stand der Umsetzung unter Berücksichtigung der Bedingungen der Corona-Pandemie wurde regelmäßig in verschiedenen Vorlagen der politischen Vertretung berichtet (Vorlagen Nr. 14/3362, 14/4183, 15/397).

Die jährliche Förderung in Höhe von 40.000 Euro, die sowohl die Personalkosten für die Peer-Koordination (i.d.R. bis zu 0,25 Stellenanteil) als auch die Aufwendungen für die Vergütung der Peer-Beratenden beinhaltet, wird per Spitzabrechnung abgerechnet. Hierzu wird ein Verwendungsnachweis mit einem Sachbericht bis Ende des ersten Quartals des folgenden Kalenderjahres vom Fördernehmer eingereicht. Dieser wird geprüft und nicht verausgabte Beträge werden zurückgefordert.

Frage 1

Wie viele Peer-Beratungsgespräche haben 2021 bei den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) des LVR stattgefunden? (Bitte Aufschlüsselung nach den einzelnen KoKoBe's)

	Beratungen	Support	Gesamt
Aachen:	15	45	60
Bonn:	21	4	25
Duisburg:	1	20	21
Heinsberg:	7	14	21
Köln:	20	3	23
Mülheim a.d. Ruhr:	19	2	21
Oberbergischer Kreis:	3	10	13
Rhein-Erft-Kreis:	26	31	57
Rheinisch-Bergischer Kreis:	321	3	324
Viersen:	7	9	16
Gesamt	440	135	575

Frage 2

Wie viele Peer-Beratungsgespräche haben 2022 bei den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) des LVR stattgefunden? (Bitte Aufschlüsselung nach den einzelnen KoKoBe's)

Die Beratungszahlen für 2022 werden nach Prüfung der eingereichten Sachberichte und Verwendungsnachweise im zweiten Quartal 2023 vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland
In Vertretung



Dirk Lewandrowski
Landesrat
LVR-Dezernent Soziales